



Sonderumfrage Herbst 2023

Bürokratiebelastungen im Handwerk



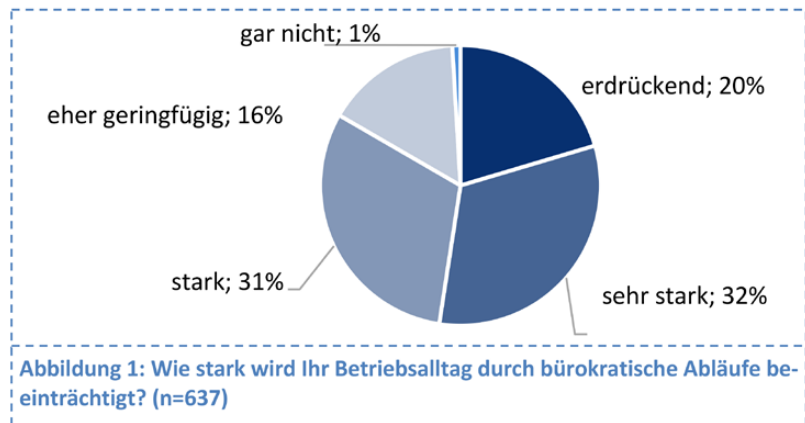
Bürokratie stellt für viele Handwerksbetriebe eine erhebliche Belastung dar. Jeder zweite Betrieb verbringt mehr als fünf Stunden pro Woche mit bürokratischen Aufgaben, wodurch die Selbstständigkeit an Attraktivität verliert.

Anstatt sich auf wesentliche Aspekte ihres Geschäfts zu konzentrieren, sehen sich viele Handwerksbetriebe gezwungen, täglich zahlreiche bürokratische Hürden zu überwinden. Für jeden zweiten Betrieb bedeutet dies einen Zeitaufwand von über fünf Stunden wöchentlich. Damit ist der bürokratische Aufwand in der Wahrnehmung von fast 90 % aller Betriebe in den letzten fünf Jahren gestiegen.

Trotz häufiger Diskussionen über den Bürokratieabbau bleibt die Frage: Wie stark sind Handwerksbetriebe aktuell von Bürokratie betroffen und wie hat sich diese Belastung in letzter Zeit entwickelt? Welche spezifischen Herausforderungen gibt es und wo liegen die Entlastungsmöglichkeiten? Um diese und weitere Fragen zu beantworten, hat die Handwerkskammer Dortmund im Herbst 2023, parallel zur halbjährlichen Konjunkturumfrage, eine Sonderumfrage unter rund 700 Betrieben zu dem Thema Bürokratiebelastung im Handwerk durchgeführt.

Über 80 % beeinträchtigt

Wie in Abbildung 1 zu sehen, antworteten 83 % der Befragten auf die Frage, wie stark ihr



Betriebsalltag durch bürokratische Abläufe beeinträchtigt wird, mit mindestens stark. Darunter gaben 32 % an, sehr stark und 20 % sogar in erdrückendem Maße beeinträchtigt zu sein. Lediglich 16 % gaben an, nur geringfügig bzw. nur 1 % gar nicht beeinträchtigt zu sein.

Bürokratieaufwand gestiegen

Bezogen auf die Entwicklung in den letzten fünf Jahren nahmen 41 % einen Anstieg und 48 % einen starken Anstieg des bürokratischen Aufwandes wahr. Nur 10 % gaben an, dass der Aufwand in etwa der gleiche ist wie vor fünf Jahren und 1 % bemerkte einen Rückgang des Aufwandes durch bürokratische Prozesse. Als Hauptursache für den Anstieg sehen 75 % der Betriebe, die einen Anstieg wahrgenommen haben, ständige Anpassungen an neue Regelungen, Gesetze und Vorschriften. 58 % nehmen eine steigende

Zahl neuer Nachweis-, Dokumentations- und Meldepflichten als negative Entwicklung wahr. Doch nicht nur die neuen Pflichten bringen Aufwand mit sich. 49 % bemängeln den steigenden Umfang bzw. Zeitaufwand für bereits heute bestehende Nachweis-, Dokumentations- und Meldepflichten. Als Grund für den gestiegenen Bürokratieaufwand sehen 31 % unverständliche Inhalte von Regelungen, 20 % die Dauer von Verwaltungsverfahren, 17 % komplexe Antragsverfahren, 12 % Zertifizierungsvorgaben und/oder Anforderungen durch Geschäftspartner und 2 % sonstige Gründe wie beispielsweise gestiegene Anforderungen im Bereich des Datenschutzes. Auch sehen 16 % der Betriebe einen höheren bürokratischen Aufwand durch die unverständliche Kommunikation mit den Behörden.

Nicht alle Behörden digital

Positiv zu vermerken ist, dass die Kommunikation mit den Behörden bei immerhin 59 % der Handwerksbetriebe überwiegend digital erfolgt. Von diesen Betrieben nehmen 56 % die digitale Form der Kommunikation als entlastend wahr. Von den 41 %, die nicht überwiegend digital mit ihren Behörden kommunizieren, bemängeln 53 % ein fehlendes Angebot für die digitale Kommunikation, 51 % empfinden das bestehende Angebot als zu kompliziert bzw. zu zeitaufwendig und 41 % stört die Vielzahl an Plattformen bzw. Portalen. Während 23 % wechselnde technische Voraussetzungen bzw. Kommunikationsverfahren zwischen den Verwaltungen als Grund für die fehlende digitale Kommunikation sehen, gaben lediglich 13 % an, dass im eigenen Betrieb die technischen Voraussetzungen fehlen.

Weniger Zeit für die Arbeit

Die Konsequenzen der Bürokratie sind klar: 70 % der Befragten gaben an, dass die Selbstständigkeit an Attraktivität verliert. Für 61 % bedeutet der Mehraufwand durch Bürokratie, dass weniger Zeit für die Bearbeitung von Aufträgen verbleibt und dadurch längere Wartezeiten bei den Kunden entstehen. Bei 37 % wirkt sich die Bürokratie nicht nur auf die Fertigstellung von Aufträgen aus, sondern ihre Leistungen und Produkte werden auch teurer. 17 %



der Betriebe verzichten sogar auf die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter*innen, um den zeitlichen Aufwand für Bürokratierfordernisse zu begrenzen. Unter den offenen Nennungen unter Sonstiges wurden darüber hinaus auch ein zunehmender Stressfaktor genannt oder gar Schließungsgedanken geäußert.

Mehr als 5 Stunden pro Woche

Der Mehraufwand durch bürokratische Pflichten lässt sich quantifizieren, wenn man die Frage nach den wöchentlichen Arbeitsstunden betrachtet: hier gaben nur 4 % an, dass dieser weniger als eine Stunde pro Woche beträgt, bei 16 % sind es ein bis zwei Stunden, bei 31 % etwa drei bis vier Stunden und bei der Hälfte der Betriebe be-

deuten die bürokratischen Prozesse fünf oder mehr Stunden zusätzliche Arbeit pro Woche.

Breites Feld für Entlastung

Wie in Abbildung 2 zu erkennen ist, sehen mehr als die Hälfte der Betriebe Potenzial zur bürokratischen Entlastung in den steuerlichen Anforderungen. 38 % würden gern bei den Anforderungen im Bereich Arbeitsschutz entlastet und jeweils gut ein Drittel der Betriebe erhofft sich Entlastung bei den Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten für elektronische Unterlagen nach den GoBD und bei den arbeitsrechtlichen Anforderungen. 27 % der Betriebe sehen im Datenschutz eine potenzielle Entlastungsmöglichkeit und 21 % würden sich über weniger statistische Auskunftspflichten freuen.

